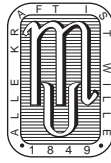




JURIDICUM



VIENNA LAW INAUGURATION LECTURES
Antrittsvorlesungen an der
Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien
Band 3

Klaus Hirschler

**Grenzüberschreitende Umgründungen –
Harmonisierung und deren Grenzen**

Ernst Karner

**Menschenrechte und Persönlichkeitsschutz
in Österreich und Europa**

Ursula Kriebaum

**Die Rolle des öffentlichen Interesses im
Investitionsschutz**

Gabriele Kucsko-Stadlmayer

**Perspektiven des Menschenrechtsschutzes
in Österreich und Europa
Die Volksanwaltschaft als „Nationaler
Präventionsmechanismus“**

Susanne Reindl-Krauskopf

**UVS oder Strafjustiz:
Wer kontrolliert die Kriminalpolizei?
VfGH G 259/09 und die Folgen**

August Reinish

**Jurisdiction: Grenzen der Staatsgewalt und
Verfahrensgerechtigkeit bei internationalen Prozessen**

Wien 2014
Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Sämtliche Angaben in diesem Werk erfolgen trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr; eine Haftung der Autoren sowie des Verlages ist ausgeschlossen.

ISBN 978-3-214-00784-3

© 2014 MANZ'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung GmbH, Wien

Telefon: (01) 531 61-0

E-Mail: verlag@MANZ.at

www.MANZ.at

Datenkonvertierung und Satzherstellung: Jan Donner – Satz und Grafik, 1010 Wien

Druck: Prime Rate Kft., Budapest

Jurisdiction: Grenzen der Staatsgewalt und Verfahrensgerechtigkeit bei internationalen Prozessen

„Jurisdiction“ ist ein schillernder Begriff, der nicht leicht fassbar ist; tatsächlich so schwer, dass wir darauf verzichtet haben, ein deutsches Äquivalent zu verwenden. Ursprünglich im Römischen Recht auf die Rechtsprechung – wörtlich „ius“ bzw „iuris dicere“: „das Recht Sprechen“ – bezogen, wird er im Völkerrecht vor allem in zweifacher Bedeutung verwendet: einerseits als Reichweite der Rechtsprechungsgewalt von völkerrechtlichen Streitbeilegungsgremien – courts and tribunals – in zeitlicher, sachlicher, personeller und uU räumlicher Hinsicht, weshalb dann auch von „jurisdiction ratione temporis, materiae, personae, und gegebenenfalls loci“ gesprochen wird,¹⁾ andererseits als staatliche Hoheitsgewalt sowie implizit ihrer Reichweite. In Anlehnung an die Montesquieu'sche Gewaltenteilungslehre²⁾ wird in der Regel zwischen jurisdiction to prescribe, to adjudicate und to enforce³⁾ unterschieden, also Staatsgewalt als Rechtsetzung, als Rechtsprechung und als Rechtsdurchsetzung.

¹⁾ Vgl Bruno Simma/Andreas Müller, Exercise and limits of jurisdiction, in James Crawford/Martti Koskeniemi (Hrsg), Cambridge Companion to International Law (2012) 134–157 (134).

²⁾ Charles de Secondat/Baron de Montesquieu, De L'esprit des Loix (1748).

³⁾ Siehe insb Restatement Third of US Foreign Relations Law (1990) § 401; s auch Institut de Droit Internationale, 19th Committee, The Extraterritorial Jurisdiction of States (Rapporteur: Maarten Bos), 65 Annuaire IDI, Vol I (1993), 174, Art 1 (2) Draft Resolution (“The three aspects of jurisdiction are: jurisdiction to prescribe, jurisdiction to adjudicate and jurisdiction to enforce.”). Vgl auch Bernard H. Oxman, Jurisdiction of States, in R. Wolfrum (ed), Max Planck Encyclopedia of Public International Law, online (2011) para.1 (“[...] jurisdiction denominates primarily, but not exclusively, the lawful power to make and enforce rules.”); ibid, para. 3 (“A State exercises its jurisdiction by establishing rules, sometimes called the exercise of legislative jurisdiction or prescriptive competence; by establishing procedures for identifying breaches of the rules and the precise consequences thereof, sometimes called judicial jurisdiction or adjudicative competence; and by forcibly imposing consequences such as loss of liberty or property for breaches or, pending adjudication, alleged breaches of the rules, sometimes called enforcement jurisdiction or competence.”)

Im engeren Sinne zielt der Begriff der „jurisdiction“ vor allem auf die Reichweite staatlicher Gerichtsgewalt ab, also bis zu welchen Grenzen die Gerichte eines Staates über Personen entscheiden dürfen, die etwa Staatsangehörige anderer Staaten sind, oder über Sachverhalte, die sich auf fremdem Hoheitsgebiet ereignen oder in anderer Weise grenzüberschreitende Elemente beinhalten. Dies führt zu der ganz grundsätzlichen Frage:

Gibt es völkerrechtliche Grenzen der staatlichen Hoheitsgewalt?

Ich werde mich in meinem Teil dieser Doppelvorlesung, die nicht ganz unbeabsichtigt gewisse Züge einer Parallelaktion aufweist, aber im Gegensatz zu jener nicht ins Leere führen,⁴⁾ sondern vielmehr ein und dasselbe Phänomen von zwei unterschiedlichen Perspektiven aus betrachten soll, vor allem mit den völkerrechtlichen Implikationen des Jurisdiktionsbegriffs beschäftigen.

Die Frage nach den völkerrechtlichen Grenzen der staatlichen Hoheitsgewalt zielt auf ein zentrales Selbstverständnis der Völkerrechtsordnung ab.

Ist das Völkerrecht tatsächlich ein Koordinationsrecht – wie weitgehend postuliert und angenommen wird –, dann muss es Normen zur Abgrenzung staatlicher Hoheitsgewalt zur Verfügung stellen,⁵⁾ um dieser Koordinationsfunktion nachzukommen.

Alternativ dazu ließe sich von einer quasi-chaotischen Freiheit jedes Staates zur unbegrenzten Ausübung staatlicher Hoheitsgewalt ausgehen. Dies evokiert sofort Grundkonzeptionen zum Völkerrecht wie etwa die Hegelsche These vom Völkerrecht als bloßem „äußeren Staatsrecht“,⁶⁾ die letztlich auf eine Negierung des eigenständigen Rechtscharakters des Völkerrechts hinausläuft. Wie wohl nicht weiter verwunderlich, ist dieses Konzept des „äußeren Staatsrechts“ unter Völkerrechtlern nicht sonderlich beliebt. Vielmehr versuchen wir über die Koordinationsfunktion – als bloß negative Abgrenzung staatlicher

⁴⁾ Bekanntlich führen die Planungen zum dreißigjährigen Regierungsjubiläum Wilhelms II. und zu ihrer Parallelaktion, dem siebenzigjährigen Regierungsjubiläum Kaiser Franz-Josephs I., in das Jahr des Untergangs beider Monarchien, 1918, was freilich an jenem „schönen Augusttag des Jahres 1913“, mit dem der berühmte Einleitungsabsatz des „Mann ohne Eigenschaften“ schließt, noch nicht absehbar war und mit zur ironischen Grundhaltung des Romans beiträgt. Vgl. *Robert Musil, Der Mann ohne Eigenschaften* (1930–1952).

⁵⁾ So *Damrosch/Henkin/Murphy/Smit, International Law, Cases & Materials*⁵, St. Paul/Minn (2009) 756 (“Customary international law sets limits upon the exercise of jurisdiction by states and other international legal persons; if those limits are transgressed, then international law is violated [even if national law is not].”); *Rosalyn Higgins, The Legal Bases of Jurisdiction*, in *Cecil J. Olmstead* (Hrsg), *Extraterritorial Application of Laws and Responses Thereto*, ILA Symposium, Oxford (1984) 3 (“Jurisdiction is concerned with the allocation of competences between states.”)

⁶⁾ *Hanspeter Neuhold, Abgrenzungen, Strukturmerkmale und Besonderheiten der Völkerrechtsordnung*, in *H. Neuhold/W. Hummer/C. Schreuer* (Hrsg), *Österreichisches Handbuch des Völkerrechts*⁴ (2004) Rz 38.

Handlungsfreiheit – hinaus vor allem den Kooperationscharakter völkerrechtlicher Normen, wie er in gemeinsamen Grundwertungen zum Ausdruck kommt, und der letztlich zu der viel beschworenen Staatengemeinschaft als einem Mehr als bloß der Summe der einzelnen Staaten führen mag, herauszuarbeiten.

Doch hier und heute geht es um die grundsätzliche Koordinationsfunktion völkerrechtlicher Normen im Hinblick auf die Jurisdiktionsgewalt.⁷⁾ Und wenn es um die Koordination einer Vielzahl von Staaten geht, dann steht damit automatisch die Frage nach der Abgrenzung dieser staatlichen Gewalten voneinander im Raum.

Der Begriff der Grenzen wird primär territorial verstanden, doch das muss nicht so sein. Grenzen ergeben sich aus dem Konzept der Souveränität und souveränen Gleichheit der Staaten. Diese Souveränität der Staaten erschöpft sich nicht im Territorialen, sondern hat traditionell eine starke personelle Komponente, weshalb neben der Gebietshoheit insbesondere auch auf die Personalhoheit als Ausfluss der Souveränität eines Staates abgestellt wird. Darüber hinaus wäre ein funktioneller Aspekt der Souveränität zu orten, der insbesondere für Fragen der Staatenimmunität und wohl noch mehr der Immunität internationaler Organisationen von Bedeutung sein kann.

Doch damit sind wir bereits zu sehr *medias in res*. Bevor wir uns diesen zentralen Abgrenzungskriterien zuwenden, lassen Sie mich – wie dies einer guten akademischen Tradition von Antrittsvorlesungen entspricht⁸⁾ – das The-

⁷⁾ Vgl. Hanspeter Neuhold, Abgrenzungen, Strukturmerkmale und Besonderheiten der Völkerrechtsordnung, in H. Neuhold/W. Hummer/C. Schreuer (Hrsg.), Österreichisches Handbuch des Völkerrechts⁴ (2004) Rz 15 („Das „klassische“ VR [...], das sich nach den Westfälischen Friedensverträgen 1648 bis zum I. WK entwickelte, diente vor allem der Vermeidung von Konflikten zwischen seinen Primärsubjekten, den Staaten. Dieses Ziel sollte durch die Absteckung der *territorialen*, *personellen*, *sachlichen* und *zeitlichen* Kompetenzen der Staaten erreicht werden. Zunächst regelte das VR also die Fragen, welcher Raum, welche Menschen, welche Sachgebiete in welchem Zeitraum der ausschließlichen staatlichen Regelungsgewalt mit welchen Ausnahmen unterliegen.“)

⁸⁾ Laut Medienportal der Universität Wien ist eine „Antrittsvorlesung ... eine gute Möglichkeit, sich und seine Forschungsschwerpunkte einem größeren Kreis von Kolleginnen und Kollegen vorzustellen. Die Universität Wien hat diese Tradition mit großem Erfolg wieder aufgenommen und lädt alle neu berufenen Professorinnen und Professoren ein, mit einer Antrittsvorlesung zur wissenschaftlichen Vernetzung und internen Kommunikation beizutragen.“ Verfügbar unter <http://public.univie.ac.at/festveranstaltungen/antrittsvorlesungen/> (zuletzt abgefragt 15. 11. 2011).

Es zeigt sich hier schon ein deutlicher kultureller Unterschied zu dem nüchterneren und gewiss auch forschenderen Zugang der Universität Zürich, von der wir Professor Oberhammer erfolgreich abwerben konnten. Dort heißt es lapidar: „Nach der Neubesetzung eines Lehrstuhls ist die neue Professorin bzw. der neue Professor verpflichtet, innerhalb eines Jahres nach Amtsantritt eine Antrittsvorlesung zu halten.“ Verfügbar unter <http://www.doz.uzh.ch/services/inauguring.html> (zuletzt abgefragt 15. 11. 2011).

ma mit einigen autobiographischen Anmerkungen zum hier Antretenden verknüpfen, nicht so sehr um eine persönliche Rechtfertigung des Themas zu versuchen, sondern vielmehr um die Antrittsvorlesung als Programm meiner wissenschaftlichen Tätigkeit zu präsentieren. Dabei soll evident werden, dass das Thema nicht beliebig als ein grundsätzliches unter vielen gewählt wurde, sondern eine logische Verbindung zu zentralen völkerrechtswissenschaftlichen Sozialisierungsstufen des Vortragenden aufweist und – soweit dies vorhersehbar ist – wohl auch in Zukunft zu meinen Forschungsschwerpunkten gehören wird.

Schon meine Dissertation „US Exportkontrollrecht in Österreich“⁹⁾ hat sich zentral mit Fragen der „jurisdiction to prescribe“ auseinandergesetzt – gibt es völkerrechtliche Grenzen staatlicher Regelungsbefugnis anhand des Beispiels strategischer Exportbeschränkungen? Politischer Hintergrund dieser Fragestellung war die Tatsache, dass die USA zur Endzeit des Kalten Krieges über ein informelles zwischenstaatliches Gremium, das sogenannte COCOM (Coordinating Committee),¹⁰⁾ versucht hat, ihre Exportbeschränkungen auszudehnen. Dies betraf vor allem Dual-Use-Güter, also zivile Waren, die eine potenzielle militärisch-strategische Funktion haben. Für NATO-Partner wurden dadurch Exportbeschränkungen konsensual ausgedehnt. Im Falle von Nicht-NATO-Staaten wie Schweden, Schweiz oder eben Österreich ging es darum, durch eine extraterritoriale Anwendung von US-Recht zu sichern, dass keine Exporte von bestimmten High-Tech-Gütern aus Österreich in ein Warschauer-Pakt-Land erfolgten. Die Instrumente für eine solche in Anspruch genommene Regelungskompetenz waren „innovative“ Jurisdiktionsprinzipien, wie etwa das Konzept einer Nationalität von Waren, die in Anlehnung an das Personalitätsprinzip eine „jurisdiction to prescribe“ verleihen sollte, oder entsprechend weite Interpretationen des sogenannten Auswirkungsprinzips,¹¹⁾ wonach ein Staat nicht nur Sachverhalte innerhalb seines Territoriums regeln darf, sondern auch solche, die sich zwar außerhalb desselben ereignen, aber eine spürbare Auswirkung innerhalb des Territoriums haben.

⁹⁾ August Reinisch in Peter Doralt/Helmut H. Haschek (Hrsg), US-Exportkontrollrecht in Österreich XVI: Recht-Wirtschaft-Außenhandel (1991).

¹⁰⁾ Dem Coordinating Committee on Export Controls (= COCOM) mit Sitz in Paris gehörten die Nato-Staaten (außer Island) und Japan an. Ziel dieses nicht institutionalisierten Forums war es, eine gemeinsame Exportpolitik für strategisch wichtige Dual-Use-Güter gegenüber kommunistischen Staaten zu finden. Vgl Hunt, Multilateral Cooperation in Export Controls. The Role of COCOM, 14 U. Toledo L. Rev. (1983) 1285 ff; Reinisch, US-Exportkontrollrecht in Österreich 76.

¹¹⁾ Vgl dazu unten FN 53.

Dabei war mein Hauptaugenmerk – und dies scheint sich fortzusetzen – bereits auf die praktischen Implikationen des Völkerrechts gerichtet. Gleichzeitig offenbarte sich schon ein gewisses „grenzgängerisches“ Interesse, das diese Dissertation, die formell dem Handelsrecht zugeordnet war, neben der zentralen völkerrechtlichen Fragestellung mit einer starken IPR-Komponente versah. Dass sich dieses „grenzgängerische“ Interesse einmal den Fragen der Grenzen zuwendet, war daher wohl nicht ganz unvorhersehbar.

Doch auch in jüngerer Zeit waren und sind es vor allem Fragen der Abgrenzung staatlicher Hoheitsgewalt, insbesondere der Ausübung staatlicher Gerichtsgewalt, die mein besonderes Interesse hervorgerufen haben.

In meiner Habilitationsschrift „International Organizations Before National Courts“¹²⁾ beschäftigte ich mich neben Fragen der Anerkennung der innerstaatlichen Rechtsfähigkeit ganz zentral mit dem Problem der Immunität internationaler Organisationen, dh der Exemption von der staatlichen Gerichtsgewalt. Eine der zentralen Thesen dieser Arbeit war, dass die Immunität internationaler Organisationen bei Fehlen adäquater alternativer Streitbeilegungsforen zu einer Beeinträchtigung des grund- und menschenrechtlich gebotenen Rechts auf den gesetzlichen Richter bzw auf Zugang zu Gericht führt und daher nicht automatisch zuerkannt werden soll.¹³⁾ Dass diese These mittlerweile nicht nur vom EGMR in seiner Leitentscheidung *Waite and Kennedy*,¹⁴⁾ sondern auch von zahlreichen nationalen Gerichten vor allem in Europa angenommen wurde,¹⁵⁾ bestätigt zumindest, dass die Arbeit

¹²⁾ International Organizations Before National Courts: Habilitationsschrift, eingereicht an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien 1997; veröffentlicht als *August Reinisch*, International Organizations Before National Courts, in *James Crawford* (Hrsg), Cambridge Studies in International and Comparative Law X (Cambridge, Cambridge University Press, 2000).

¹³⁾ Ebd, 366 (“Another result-oriented method of determining whether immunity should be granted to an international organization in a particular case would focus on the availability of alternative ways of judicial or quasi-judicial dispute settlement in a specific situation. One of the major advantages of such an approach seems to lie in the fact that it could adequately address two important concerns stemming from the grant or denial of immunity, it might a) satisfy constitutional or human rights concerns for the protection of the private parties involved, in particular their right to access to court, and b) equally enable international organizations to protect their interests.”)

¹⁴⁾ *Waite and Kennedy*, Application No. 26083/94, European Court of Human Rights, 18 February 1999, [1999] ECHR 13, Rz 68 (“[A] material factor in determining whether granting [an international organization] immunity from [...] jurisdiction is permissible is whether the applicants had available to them reasonable alternative means to protect effectively their rights under the Convention.”); vgl auch *August Reinisch*, Case of *Waite and Kennedy v. Germany*, Application No. 26083/94; Case of *Beer and Regan v. Germany*, Application No. 28934/95, European Court of Human Rights, 18 February 1999, in 93 *American Journal of International Law* (1999) 933–938.

¹⁵⁾ Vgl dazu *August Reinisch/Ulf Weber*, In the Shadow of *Waite and Kennedy* – The Jurisdictional Immunity of International Organizations, the Individual’s Right of

das traf, was unsere amerikanischen Kollegen so schön fremdsprachlich den „Zeitgeist“ nennen.

Neben der Immunität internationaler Organisationen, die mich seither akademisch nicht mehr loslässt¹⁶⁾ und – wie ich mit Genugtuung erfahren habe – nun auf dem Arbeitsplan der Völkerrechtskommission der Vereinten Nationen stehen wird,¹⁷⁾ habe ich mich vor allem auch mit der Staaten-

Access to Courts and Administrative Tribunals as Alternative Means of Dispute Settlement, 1 *International Organizations Law Review* (2004) 59–110. Siehe auch *Siedler v. Western European Union*, Brussels Labour Court of Appeals (4th Chamber), 17 September 2003, *Journal des Tribunaux*, 2004, p. 617, para. 62 (“The recourse provided by the WEU personnel statute does not offer all the guarantees inherent in the notion of due process, with some of the most important conditions being flawed. It is thus established that the limitation on the access to the normal courts by virtue of the jurisdictional immunity of the WEU is incompatible with art 6, paragraph 1 of the European Convention on Human Rights [ECHR.]”); *Banque africaine de développement c. M. A. Degboe*, French Cour de Cassation (Chambre sociale), 25 January 2005, No. 04-41012, *JDI*, 2005, p. 1142 (ILR translation) (“The African Development Bank cannot claim immunity from jurisdiction in litigation brought by a paid worker where, at the time of the facts involved in the litigation, there was no other tribunal competent to hear the case. The impossibility for a party to have access to a judge capable of ruling on her case and to exercise a right related to international law constitutes a denial of justice that is the basis of competence of French jurisdiction so long as there exists an attachment to France. [...]”)

¹⁶⁾ Siehe ua *August Reinisch*, Securing the Accountability of International Organizations, 7 *Global Governance* (2001) 131–149; *ders*, Administrative Tribunals and Questions of Jurisdiction and Immunity, in *UNAT* (ed), *International Administrative Tribunals in a Changing World*. United Nations Administrative Tribunal Conference (London, Esperia Publications Ltd, 2008) 51–72; *ders*, The Immunity of International Organizations and the Jurisdiction of their Administrative Tribunals, in 7 *Chinese Journal of International Law* (2008) 285–306; *ders*, Convention on the Privileges and Immunities of the United Nations 1946, Convention on the Privileges and Immunities of the Specialized Agencies 1947, in *United Nations* (Hrsg), *Audiovisual Library of International Law*, verfügbar unter <http://www.un.org/law/avl/>; *August Reinisch/Jakob Wurm*, International Financial Institutions before National Courts, in *D. Bradlow/David B. Hunter* (Hrsg), *International Financial Institutions and International Law* (Kluwer Law International 2010) 103–135; *August Reinisch*, Comments on a Decade of Italian Case law on the Jurisdictional Immunity of International Organizations, in 19 *Italian Yearbook of International Law* (2010) 101–111; *ders*, Privileges and Immunities, in *J. Klabbers/A. Wallendahl* (Hrsg), *Research Handbook on the Law of International Organizations* (2011) 132–155.

¹⁷⁾ Laut ILC-Bericht 2011 steht das Thema “Jurisdictional immunity of international organizations” auf dem long-term programme of work. Vgl International Law Commission, Report on the work of its sixty-third session (26 April to 3 June and 4 July to 12 August 2011), General Assembly, Official Records Sixty-sixth Session, Supplement No. 10 (A/66/10 and Add. 1), 290.

immunität in Studien für den Europarat zur Vollstreckungsimmunität staatlichen Vermögens¹⁸⁾ und im Zusammenhang mit der Durchsetzung von Investitionsschiedsurteilen beschäftigt.¹⁹⁾

Jüngst haben sich Grundfragen der „jurisdiction“ auch in einem ganz anderen inhaltlichen Kontext gestellt, als ich vom Hochkommissar für Menschenrechte ersucht wurde, an einer Studie über die Auswirkungen von wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen, sprich Handelsembargos, Konteneinfrierungen und dergleichen, auf den Genuss der Menschenrechte mitzuwirken. Die zentrale Frage der Zulässigkeit wirtschaftlicher Zwangsmaßnahmen lässt sich nur unter Rekurs auf das völkerrechtliche Grundprinzip des Interventionsverbots lösen, welches sich wiederum aus dem Grundsatz der souveränen Gleichheit der Staaten ableitet.

Damit sind wir nun beim Kern des Problems der Grenzen der Staatsgewalt angelangt. Wenn wir davon ausgehen, dass Staaten als Souveräne grundsätzlich befugt sind, Hoheitsgewalt als rechtsetzende, rechtsprechende und rechtsdurchsetzende Gewalt auszuüben, dann stellt sich die Frage nach der Abgrenzung dieser souveränen Hoheitsgewalten voneinander, um einerseits die jeweilige staatliche Souveränität untereinander zu schützen,²⁰⁾ andererseits aber – im Hinblick auf Verfahrensgerechtigkeit gegenüber Rechtsunterworfenen – deren Rechtsstellung zu schützen, die durch unterschiedliche, ja bisweilen widersprüchliche hoheitliche Anordnungen – ich erwähne hier nur einmal vorausschauend den Begriff des „Justizkonflikts“ – in Bedrängnis geraten können.

¹⁸⁾ *August Reinisch*, State Immunity from Enforcement Measures, in *Council of Europe and G. Hafner/M. Kohen/S. Breau* (Hrsg), State Practice Regarding State Immunities/La Pratique des Etats concernant les Immunités des Etats (Leiden/Boston: Martinus Nijhoff Publishers, 2006) 151–166; s auch *August Reinisch*, European Court Practice Concerning State Immunity from Enforcement Measures, in 17 *European Journal of International Law* (2006) 803-836.

¹⁹⁾ *August Reinisch*, Enforcement of Investment Awards, in *C. Yannaca-Small* (Hrsg), Arbitration Under International Investment Agreements: A Guide to the Key Issues (Oxford, Oxford University Press, 2010) 671–697.

²⁰⁾ Vgl die sogenannte „Helsinki Deklaration“ der KSZE von 1975, The Final Act of the Conference on Security and Cooperation in Europe, in 14 *ILM* (1975) 1923 ff (“The participating states [...] will respect each other’s right [...] to determine its laws and regulations.”), woraus argumentativ Grenzen nationaler Jurisdiktionshoheit abgeleitet werden können. So *Derek Bowett*, Jurisdiction: Changing Patterns of Authority over Activities and Resources, 53 *BYIL* (1982) 11 ff. Siehe auch *Institut de Droit Internationale, 19th Committee*, The Extraterritorial Jurisdiction of States (Rapporteur: *Maarten Bos*), 65 *Annuaire IDI*, Vol I (1993) 174, Art. 2 (2) Draft Resolution (“Under international law a state’s jurisdiction is an expression of its sovereignty, but must be exercised with due regard to the sovereignty of other States.”)

Dass Ausgangspunkt für Fragen der Abgrenzung staatlicher Jurisdiktionsgewalt das Prinzip der souveränen Gleichheit der Staaten ist, wird niemand bestreiten.²¹⁾ Fraglich ist, wie sich dieses abstrakte Prinzip in der Praxis sinnvoll umsetzen bzw übersetzen lässt, um konkrete Überschneidungen, die sich zu Konflikten ausweiten können, zu vermeiden. In der westfälischen Völkerrechtsordnung, wie die klassische Periode des Völkerrechts nach dem Westfälischen Frieden 1648 mit ihrer staatlichen Konsolidierung auf der Grundlage territorialer Herrschaftsgewalt – im Gegensatz zu der mittelalterlichen, primär personell verfassten Staatlichkeit – gern bezeichnet wird, lag der Versuch nahe, die Abgrenzung staatlicher Jurisdiktionsgewalt primär über den Grundsatz der Territorialität lösen zu wollen.

Als Kronzeugen führt die Völkerrechtswissenschaft gern den Schweizer Fachkollegen *Max Huber* ins Treffen, der in seinem Schiedsspruch im *Palmas*-Fall den Grundsatz der ausschließlichen Zuständigkeit des Staates im Hinblick auf sein eigenes Territorium als „Ausgangspunkt“ für die Lösung der meisten internationalen Angelegenheiten bezeichnete.²²⁾

Doch ein ausschließliches Abstellen auf territoriale Abgrenzungen war nicht nur damals schon idealisiert und wohl *de facto* überholt. Es ist angesichts der heutigen Vernetzung im politischen, wirtschaftlichen und privaten Bereich – man verzeihe mir das Strapazieren des schon wieder fast aus der Mode gekommenen Begriffs der Globalisierung für ein sicher nicht genuin neues, aber in seiner Intensität gewiss verstärktes Phänomen – kaum noch sinnvoll anwendbar.

Es ist daher nicht verwunderlich, dass der Ständige Internationale Gerichtshof in Den Haag, der Vorläufer des heutigen IGH, etwa zeitgleich mit dem *Palmas*-Schiedsspruch ein wesentlich differenzierteres, allerdings auch missverständlicheres Bild von der Reichweite staatlicher Jurisdiktion zeichnete.

²¹⁾ *Bernard H. Oxman*, Jurisdiction of States, in *R. Wolfrum* (ed), Max Planck Encyclopedia of Public International Law, online (2011), para. 1 (“The principles of international law regarding jurisdiction of States reflect both the sovereign independence [Sovereignty] and the sovereign equality of States [States, Sovereign Equality] [...]”).

²²⁾ *Island of Palmas Case (Netherlands v United States of America)*, 4 April 1928, RIAA II, 829, at 838 (“Sovereignty in the relations between States signifies independence. Independence in regard to a portion of the globe is the right to exercise therein, to the exclusion of any other State, the functions of a State. The development of the national organisation of States during the last few centuries and, as a corollary, the development of international law, have established this principle of the exclusive competence of the State in regard to its own territory in such a way as to make it the point of departure in settling most questions that concern international relations.”)

Im bekannten *Lotus*-Fall kommt das Prinzip der Territorialität wohl nur bei Fragen der Durchsetzungshoheit (jurisdiction to enforce)²³⁾ eindeutig zum Zuge:

‘[T]he first and foremost restriction imposed by international law upon a State is that – failing the existence of a permissive rule to the contrary – it may not exercise its power in any form in the territory of another State. In this sense jurisdiction is certainly territorial; it cannot be exercised by a State outside its territory except by virtue of a permissive rule derived from international custom or from a convention.’²⁴⁾

Im Hinblick auf die Reichweite der staatlichen Jurisdiktion auf dem Gebiet der Rechtsetzung und der Rechtsprechung hingegen schien er einem „laissez faire“-Prinzip zu huldigen, das seither zu kontroversen Interpretationen geführt hat. Der Gerichtshof meinte:

‘Far from laying down a general prohibition to the effect that States may not extend the application of their laws and the jurisdiction of their courts to persons, property and acts outside their territory, [international law] leaves them in this respect a wide measure of discretion which is only limited in certain areas by prohibitive rules; as regards other cases, every State remains free to adopt the principles which it regards as best and most suitable.’²⁵⁾

Tatsächlich spricht der Gerichtshof hier von einem weiten Ermessen hinsichtlich der extraterritorialen Anwendung staatlichen Rechts und der extraterritorialen Jurisdiktionsausübung staatlicher Gerichte, das nur durch Verbote in bestimmten Rechtsbereichen eingeschränkt sei. Ohne diese näher zu definieren, bekräftigt er dann das weite Ermessen durch den Hinweis, dass es den Staaten überlassen sei, jene Jurisdiktionsprinzipien anzuwenden, die sie für die geeignetsten halten. Kein Wunder also, dass genau diese Passage immer wieder als Beleg für die Freiheit der Staaten ins Treffen geführt wurde, ihre Gesetze extraterritorial zur Anwendung kommen zu lassen und ihre Gerichte über fremde Staatsangehörige bzw Dinge und Sachverhalte, die sich im Ausland befinden bzw ereignen, entscheiden zu lassen.²⁶⁾

²³⁾ So die vorherrschende Auffassung, vgl *Akehurst*, *Jurisdiction in International Law*, 46 BYIL (1972–73), 146 f; *Habscheid* in *Habscheid/Rudolf*, *Territoriale Grenzen der staatlichen Rechtsetzung*, in *Berichte der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht*, 11 (1977) 33.

²⁴⁾ *The Case of the S.S. Lotus (France – Turkey)*, PCIJ, (1927) Series A, No. 10, at 18–19.

²⁵⁾ Ebd., 19.

²⁶⁾ *Hugh Handeyside*, *The Lotus Principle in ICJ Jurisprudence: Was the Ship Ever Afloat?* 29 *Michigan Journal of International Law* (2007–2008) 71–94; *George Wendell Berge*, *The Case of the S.S. “Lotus”*, 26 *Michigan Law Review* (1927–1928) 361–382; *Prosper Weil*, “The Court Cannot Conclude Definitively ...” *Non Liquet Revisited*, 36 *Columbia Journal of Transnational Law* (1998) 109–119; *J. L. Brierly*, *The “Lotus” Case*,

Unterbrechen wir hier kurz unsere generellen Überlegungen, um zu sehen, was all dies in der Praxis bedeutet bzw. bedeuten kann:

- 1) Ein Staat verbietet unter Strafandrohung den Export im Ausland hergestellter technischer Produkte von einem fremden Staat in einen anderen – so geschehen im Bereich der strategischen Exportkontrollen der USA mit der Begründung, dass es sich um US-Technologie handle, die überall der amerikanischen Jurisdiktion unterliege. Das sogenannte Pipeline-Embargo als Reaktion auf die Verhängung des Kriegsrechts in Polen Ende 1981 zielte ganz konkret auf bestimmte Technologieexporte in die Sowjetunion ab, die dort für den Bau einer Erdgaspipeline von Sibirien nach Westeuropa benötigt wurden.²⁷⁾ Dies führte dazu, dass einzelne europäische Unternehmen aufgrund gültiger Lieferverträge zur Leistung verpflichtet waren und ihnen aufgrund amerikanischer Embargobestimmungen eben diese Leistung untersagt war.
- 2) Ein Staat schreibt die Verwendung von speziellen Fangnetzen für Thunfische vor, die sich nicht nur an Schiffe unter eigener Flagge und an Fischereiaktivitäten in eigenen Hoheitsgewässern bzw. der seerechtlichen Jurisdiktion unterliegenden Gebieten richtet, sondern an weltweit alle Fischerboote, deren Fang auf dem eigenen Markt angeboten werden soll – so geschehen im Fall des Thunfisch-Streits vor GATT Panels,²⁸⁾ in welchem die USA die Notwendigkeit der extraterritorialen Anwendung spezieller Fangtechniken als Maßnahme zum Schutz der Delfinbestände rechtfertigte.

44 *Law Quarterly Review* (1928) 154–163; *Gene Bykhovsky*, An Argument Against Assertion of Universal Jurisdiction by Individual States, 21 *Wisconsin International Law Journal* (2003) 161–184.

²⁷⁾ Das Embargo wurde unmittelbar darauf Ende Dezember 1981 verhängt: U.S. Department of Commerce, International Trade Administration, General Orders; Suspension of All Licensing for Exports to the U.S.S.R. vom 5. 1. 1982, 47 *Fed.Reg.* 141 (1982), 15 *C.F.R.* § 390.8, wiedergegeben in 21 *ILM* (1982), pp. 855–859, bestätigt und erweitert durch "interim rule" vom 22. 6. 1982, Amendments of Oil and Gas Controls to the U.S.S.R., 47 *Fed.Reg.* 27, 250 (1982), 15 *C.F.R.* §§ 376, 379 and 385, wiedergegeben in 21 *ILM* (1982), p. 864., aufgehoben am 16. 11. 1982, 47 *Fed. Reg.* (1982) 51, 858-51, 860; wiedergegeben in 22 *ILM* (1983), pp.350–361; s zum Embargo auch *Bockslaff*, *The Pipeline Affair of 1981/82: A Case History*, 27 *GYIL* (1984) 28–37; *Lowenfeld*, *Trade Controls for Political Ends*, 273-306; *Meessen*, *Extraterritoriality of Export Control: A German Lawyer's Analysis of the Pipeline Case*, 27 *GYIL* (1984) 99; *Zaucha*, *The Soviet Pipeline Sanctions: The Extraterritorial Application of U.S. Export Controls*, 15 *Law & Policy in Int'l Business* (1983) 1169–1179.

²⁸⁾ *United States – Restrictions on Imports of Tuna*, DS21/R – 39S/155, not adopted, circulated on 3 September 1991; *United States – Restrictions on Imports of Tuna*, not adopted, circulated on 16 June 1994.

- 3) Ein Staat verbietet Ausländern den Erwerb von Grundstücken in einem dritten Staat, weil seine eigenen Staatsangehörigen uU frühere Eigentumsrechte daran besessen haben – so geschehen im Fall der Helms-Burton-Gesetzgebung der USA,²⁹⁾ wodurch nicht-amerikanische Erwerber kubanischer Grundstücke dem Risiko von Schadenersatzklagen durch vom Castro-Regime enteignete Amerikaner vor amerikanischen Gerichten ausgesetzt wurden.³⁰⁾
- 4) Ein nationales Zivilgericht lässt eine Klage auf Herausgabe angeblich enteigneter Gemälde gegenüber einer ausländischen, als staatlich angesehenen Gemäldegalerie zu, deren einzige wesentliche geschäftliche Tätigkeit im Forumstaat der Verkauf von Ausstellungskatalogen ist – so geschehen im *Altmann-Fall*,³¹⁾ der zwar primär dadurch Bekanntheit erlangt hat, dass er die Immunitätseinrede der Republik Österreich unter „retroaktiver“ Anwendung des FSIA³²⁾ und seiner Enteignungsausnahme³³⁾ verwarf, aber auch deshalb bemerkenswert ist, weil er

²⁹⁾ Cuban Liberty and Democratic Solidarity (Libertad) Act of 1996, 12 March 1996, Public Law 104–114, H.R. 927; 35 ILM 357 (1996); vgl auch den Überblick *August Reinisch*, Wirtschaftssanktionen nach dem US-“Cuban Liberty and Democratic Solidarity Act”, in *ecolex* 1996, 499–502.

³⁰⁾ Sec. 302(a)(1) Cuban Liberty and Democratic Solidarity (Libertad) Act of 1996 (“any person that [...] traffics in property which was confiscated by the Cuban government on or after January 1, 1959, shall be liable to any United States national who owns the claims to such property for money damages [...]”).

³¹⁾ *Altmann v. Republic of Austria*, 142 F. Supp. 2d 1187, 2001 U.S. Dist. LEXIS 6011 (C.D. Cal., 2001); 317 F.3d 954, 2002 U.S. App. LEXIS 25517 (9th Cir. Cal., 2002); *Republic of Austria v. Altmann*, 541 U.S. 677 (S. Ct. 2004); *Christoph Schreuer*, Staatenimmunität in den USA, *ecolex* 2004, 781; *Daniela Ehrlich*, Klimt-Bilder aus der Sammlung Bloch-Bauer – ein Restitutionsfall? *ecolex* 2004, 605.

³²⁾ US Foreign Sovereign Immunities Act of 1976 (FSIA), 15 ILM (1976) 1388.

³³⁾ § 1605(a)(3) FSIA nimmt von der Staatenimmunität Fälle völkerrechtswidriger Enteignungen aus [“(a) A foreign state shall not be immune from the jurisdiction of courts of the United States or of the States in any case – (3) in which rights in property taken in violation of international law are in issue and that property or any property exchanged for such property is present in the United States in connection with a commercial activity carried on in the United States by the foreign state; or that property or any property exchanged for such property is owned or operated by an agency or instrumentality of the foreign state and that agency or instrumentality is engaged in a commercial activity in the United States.”]

Nach FSIA ist unter “commercial activity” im Sinne der vorherrschenden restriktiven Immunitätstheorie “either a regular course of commercial conduct or a particular commercial transaction or act” zu verstehen, wobei gilt, “the commercial character of an activity shall be determined by reference to the nature of the course of conduct or particular transaction or act, rather than by reference to its purpose.” § 1603(d) FSIA.

eine Klageführung in den USA zuließ, obwohl sich praktisch alle relevanten Sachverhaltselemente in Österreich ereigneten. Dennoch waren die US-Gerichte der Auffassung, dass die Tätigkeiten der Österreichischen Galerie Belvedere, der Vertrieb von Ausstellungskatalogen, die Klimt-Bilder enthielten und amerikanische Touristen ins Belvedere nach Wien locken sollten, als „commercial activity in the United States“ zu werten waren.³⁴⁾

All diese Beispiele lassen sich unter Berufung auf das *Lotus*-Prinzip³⁵⁾ einer grundsätzlichen Jurisdiktionsfreiheit in Ermangelung spezifischer Verbote rechtfertigen. Sie zeigen aber auch eine weitere nicht ganz unbeachtliche Konstante. In all den genannten Fällen der extraterritorialen Jurisdiktionsausübung ging diese von den USA aus. Freilich sind es nicht nur die USA, die ihr eigenes Recht vor eigenen Gerichten möglichst umfassend durchsetzen wollen. Doch in den USA ist diese Tendenz ganz besonders stark ausgeprägt, was auch zu besonders einprägsamen Epitheta ornantia und Metaphern geführt hat wie

³⁴⁾ Vgl die Berufungsentscheidung des Kalifornischen Circuit Court *Altmann v. Republic of Austria*, 317 F.3d 954, 969 (9th Cir. Cal., 2002) (“Altmann argues that the Gallery engages in commercial activity in the United States by authoring, editing, and publishing in the United States both a book entitled *Klimt’s Women*, as well as an English-language guidebook, containing photographs of the looted paintings. She also contends that the advertisements in the United States of Gallery exhibitions, particularly those relating to the Klimt paintings, as well as operation of the Gallery itself, constitute commercial activity. The key commercial behavior of the Gallery here is not its operation of the museum exhibition in Austria, however, but its publication and marketing of that exhibition and the books in the United States. *Klimt’s Women*, for example, is published in English in the United States by Yale University Press and capitalizes on the images of three of the paintings at issue. That book was published in conjunction with a large exhibition at the Gallery featuring the expropriated paintings. Furthermore, the Austrian Gallery asserts copyright ownership as ”authors“; two employees of the Gallery edited the book; and the director of the Gallery is listed as responsible for its content. The museum guidebook is also published in English and features the painting *Adele Bloch-Bauer I* on its cover. The publication and sale of these materials and the marketing of the Klimt exhibition in the United States are commercial activities in and of themselves, but are also a means to attract American tourists to the Gallery. Given that the commercial activity is centered around the very paintings at issue in this action and far exceeds that which we found sufficient to justify applying § 1605(a)(3) in *Siderman de Blake*, 965 F.2d at 709, we must conclude that the Gallery is engaging in commercial activity sufficient to justify jurisdiction under the FSIA.”)

³⁵⁾ Siehe oben FN 25.

etwa der „exorbitanten“ Jurisdiktion,³⁶⁾ der Allzuständigkeit³⁷⁾ oder dem „Long arm of Uncle Sam“.³⁸⁾ Dass die USA eine besondere Neigung zu einer expansiven Interpretation ihrer Hoheitsgewalt haben, scheint jedoch keineswegs Zufall, sondern vielmehr logischer Ausdruck ihrer hegemonialen Stellung in der internationalen Gemeinschaft zu sein.

Grenzenlosigkeit, das Fehlen spezifischer Verbote in bestimmten Rechtsbereichen im Sinne der *Lotus*-Judikatur, begünstigt jene Staaten, die nicht nur in konkreten Fällen ein Interesse an einer weiten Jurisdiktionsausübung haben, sondern diese auch durch ihre tatsächliche Macht erfolgreich durchsetzen können. In anderen Worten, das „laissez faire“-Prinzip in Hinblick auf staatliche Hoheitsgewalt hat eine inhärente Tendenz, das Recht des Stärkeren zu begünstigen – und damit gewiss auch weitverbreitete Vorurteile gegenüber dem internationalen Recht zu bekräftigen.

Doch müssen wir tatsächlich bei dem Befund einer weitgehenden staatlichen Jurisdiktionsfreiheit bleiben? Hat sich das Völkerrecht im Hinblick auf die Reichweite staatlicher Jurisdiktion seit den 1920er-Jahren nicht weiterentwickelt bzw missverstehen wir etwa die Entscheidung des StIGH? Bevor wir uns diesen grundsätzlichen Fragen zuwenden, sei mir noch einmal ein Blick auf die Praxis gestattet.

- 1) In den wenigen Fällen, in denen staatliche Gerichte über die extraterritoriale Anwendung amerikanischer Exportkontrollen zu entscheiden hatten, haben sie diese zumeist wegen mangelnder völkerrechtlicher Regelungsgewalt der USA abgelehnt. Die holländische Entscheidung im *Sensor Nederland-Fall*,³⁹⁾ in dem eine Tochtergesellschaft eines

³⁶⁾ *Giuditta Cordero Moss*, Between Private and Public International Law: Exorbitant Jurisdiction as Illustrated by the Yukos Case, 32 *Review of Central and East European Law* (2007) 1–17; *Kevin M. Clermont/John R. B. Palmer*, Exorbitant Jurisdiction, 58 *Maine Law Review* (2006) 474–505; *Joseph Halpern*, “Exorbitant Jurisdiction” and the Brussels Convention: Toward a Theory of Restraint, 9 *Yale Journal of World Public Order* (1982–1983) 369–387; *Kathryn A. Russell*, Exorbitant Jurisdiction and Enforcement of Judgments: The Brussels System as an Impetus for United States Action, 19 *Syracuse Journal of International Law and Commerce*.

³⁷⁾ Vgl *Rolf A. Schütze*, Die Allzuständigkeit amerikanischer Gerichte (2003).

³⁸⁾ Vgl *Charles Maechling Jr.*, Uncle Sam’s Long Arm, 63 *American Bar Association Journal* (March 1977) 372; *Monroe Leigh*, The Long Arm of Uncle Sam, Report to the ILA Conference on Extraterritorial Application of Laws and the Responses Thereto (1983); *August Reinisch*, How long is Uncle Sam’s Arm? Ein Überblick über die neuere amerikanische Rechtsprechung zur extraterritorialen Jurisdiktion, in 3 *economy* (1991) 180–191.

³⁹⁾ *Compagnie Européenne des Pétroles v. Sensor Nederland B.V.*, Pres. Rb. Den Haag 17. 9. 1982, Rechtspraak van de Week/Kort Geding 1982 Nr. 167, englische Übersetzung in 22 *ILM* (1983) 66–74; deutsche Übersetzung in *RabelsZ* 47 (1983) 141 ff, mit Anm von *Basedow*, Das amerikanische Pipeline-Embargo vor Gericht, *ibda*, 147–172.

amerikanischen Unternehmens unter Hinweis auf die sie erfassenden Embargovorschriften die vertraglich vereinbarte Lieferung von Einzelteilen für den Pipelinebau in Sibirien verweigerte, ist ein gutes Beispiel dafür. In *Compagnie Européenne des Pétroles v. Sensor Nederland B.V.* gab ein holländisches Gericht der Leistungsklage einer französischen Gesellschaft statt, wobei es das amerikanische Exportverbot unter ausdrücklichem Hinweis auf dessen Völkerrechtswidrigkeit ignorierte.⁴⁰⁾

Darüber hinaus zeigt auch die diplomatische Praxis, dass die betroffenen (europäischen) Staaten eine grundsätzlich grenzenlose Jurisdiktionsausübung ablehnten und vielmehr das Vorliegen bestimmter Anknüpfungspunkte forderten. So folgte die EG-Kommission in ihrer offiziellen Stellungnahme zu den US-Exportrestriktionen im *Sibirischen Pipeline-Fall*:

“[...] it is clear that the U.S. measures of June 22, 1982 do not find a valid basis in any of the generally recognized (i. e. territoriality and nationality) – or even more controversial (i. e. protective and effects-doctrine) – principles of international law governing State jurisdiction to prescribe rules. As a matter of fact

⁴⁰⁾ *Compagnie Européenne des Pétroles v. Sensor Nederland B.V.*, englische Übersetzung in 22 ILM (1983) 66–74, 72–73: “[...] in general it is not permissible for a State to exercise jurisdiction over acts performed outside its borders. Exceptions to this rule are, however, possible, for instance under the so-called ‘nationality principle’ or the ‘protection principle’. [...] The American jurisdiction rule would not appear to be justified by the nationality principle in so far as that rule brings within its scope companies of other than U.S. nationality. [...]”

Under the protection principle, it is permissible for a State to exercise jurisdiction over acts – wheresoever and by whomsoever performed – that jeopardize the security or creditworthiness of that State or other State interests. Such other State interests do not include the foreign policy interest that the U.S. measure seeks to protect. The protection principle cannot therefore be invoked in support of the validity of the jurisdiction rule here at issue.

It is also of importance to examine whether the acts of exportation covered by the American embargo, in so far as they are performed outside the United States, have direct and illicit effects within the territory of the United States. If that is the case, then those acts can be regarded as having been performed within the United States and on that ground brought within the jurisdiction of the United States under generally accepted rules of international law.

It cannot, however, be seen how the export to Russia of goods not originating in the United States by a non-American exporter could have any direct and illicit effects within the United States. Via this route too, therefore, the jurisdiction rule cannot be brought into compatibility with international law. [...]

Under these circumstances the jurisdiction rule cannot have the consequence that the Netherlands courts will take the American embargo into account.”

the measures by their extra-territorial character simultaneously infringe the territoriality and nationality principles of jurisdiction and are therefore unlawful under international law.”⁴¹⁾

- 2) Doch auch GATT Panels, die primär über die Zulässigkeit des amerikanischen Einfuhrverbots für nicht „delfinsicher“ gefangenen Thunfisch zu entscheiden hatten,⁴²⁾ haben sich skeptisch über den extraterritorialen Regelungsanspruch der USA geäußert und durchblicken lassen, dass die einseitige Auferlegung bestimmter, nach amerikanischem Recht vorgesehener Fangmethoden die Souveränität anderer Staaten beeinträchtigt.⁴³⁾
- 3) Im Fall der Kontroverse über den Helms-Burton Act kam es zwar nie zu einer WTO-Entscheidung, allerdings zeigen die Reaktionen der betroffenen Staaten, dass die extraterritorialen Wirkungen dieses

⁴¹⁾ *European Communities: Comments on the U.S. Regulations Concerning Trade with the U.S.S.R.*, wiedergegeben in 21 ILM (1982) 891–904 (897).

⁴²⁾ *United States – Restrictions on Imports of Tuna*, DS21/R – 39S/155, not adopted, circulated on 3 September 1991.

⁴³⁾ Ebda, para. 5.28 [“The Panel considered that the United States’ measures, even if Article XX(b) were interpreted to permit extrajurisdictional protection of life and health, would not meet the requirement of necessity set out in that provision. The United States had not demonstrated to the Panel – as required of the party invoking an Article XX exception – that it had exhausted all options reasonably available to it to pursue its dolphin protection objectives through measures consistent with the General Agreement, in particular through the negotiation of international cooperative arrangements, which would seem to be desirable in view of the fact that dolphins roam the waters of many states and the high seas. Moreover, even assuming that an import prohibition were the only resort reasonably available to the United States, the particular measure chosen by the United States could in the Panel’s view not be considered to be necessary within the meaning of Article XX(b). The United States linked the maximum incidental dolphin taking rate which Mexico had to meet during a particular period in order to be able to export tuna to the United States to the taking rate actually recorded for United States fishermen during the same period. Consequently, the Mexican authorities could not know whether, at a given point of time, their policies conformed to the United States’ dolphin protection standards. The Panel considered that a limitation on trade based on such unpredictable conditions could not be regarded as necessary to protect the health or life of dolphins.”]; *Dorothy J. Black*, *International Trade v. Environmental Protection: The Case of the U.S. Embargo on Mexican Tuna*, 24 *Law and Policy in International Business* (1992–1993) 123–156; *Joseph J. Urgese*, *Dolphin Protection and the Mammal Protection Act Have Met Their Match: The General Agreement on Tariffs and Trade*, 31 *Akron Law Review* (1997–1998) 457–503; *Raul Pedrozo*, *The International Dolphin Conservation Act of 1992: Unreasonable Extension of U.S. Jurisdiction in the Eastern Tropical Pacific Ocean Fishery*, 7 *Tulane Environmental Law Journal* (1993–1994) 77–130; *Ilona Cheyne*, *Environmental Unilateralism and the WTO/GATT System*, 24 *Georgia Journal of International and Comparative Law* (1995) 433–465.

Gesetzes auf schärfste Ablehnung trafen.⁴⁴⁾ Die EU war sogar erstmals bereit, eine eigene „Abwehrgesetzgebung“ anzunehmen,⁴⁵⁾ in welcher sie nicht nur potenziellen amerikanischen Schadenersatzurteilen auf der Grundlage des Helms-Burton Acts die Anerkennung durch Gerichte in Europa untersagte,⁴⁶⁾ sondern sogar die Möglichkeit vorsah, dass Betroffene aufgrund des Helms-Burton Acts Geleistetes vor europäischen Gerichten wieder zurückfordern könnten.⁴⁷⁾ Ersteres gehört zur typischen „blocking legislation“,⁴⁸⁾ während letzteres im englischen

⁴⁴⁾ Zur Kontroverse über die völkerrechtliche Zulässigkeit s. u.a. *Brice M. Clagett*, „Title III of the Helms-Burton Act Does Not Violate International Law“, 90 *Proceedings of the American Society of International Law at its annual meeting* 368–372 (1996); *August Reinisch*, „Widening the US Embargo Against Cuba Extraterritorially. A few public international law comments on the ‘Cuban Liberty and Democratic Solidarity (LIBERTAD) Act of 1996’“, 7 *European Journal of International Law* 545–562 (1996).

⁴⁵⁾ Verordnung (EG) 1996/2271 des Rates vom 22. November 1996 zum Schutz vor den Auswirkungen der extraterritorialen Anwendung von einem Drittland erlassener Rechtsakte sowie von darauf beruhenden oder sich daraus ergebenden Maßnahmen, ABl (EG) L 1996/309, 1; Gemeinsame Aktion vom 22. November 1996 – vom Rat aufgrund der Artikel J.3 und K.3 des Vertrags über die Europäische Union angenommen – betreffend Maßnahmen zum Schutz vor den Auswirkungen der extraterritorialen Anwendung von einem Drittland erlassener Rechtsakte sowie von darauf beruhenden oder sich daraus ergebenden Maßnahmen, ABl (EG) L 1996/309, 7. Vgl. dazu auch *August Reinisch*, Blockiermaßnahmen der EU gegen extraterritoriale Rechtsakte, in *ecolex* 1997, 900–904; *ders*, Rechtsgrundlage der „Blockierverordnung“ gegen extraterritoriale Rechtsakte, in *ecolex* 1997, 991–994; *Jürgen Huber*, The Helms-Burton Blocking Statute of the European Union, 20 *Fordham International Law Journal* (1996–1997) 699–716; *Nicholas Davidson*, U.S. Secondary Sanctions: The U.K. and EU Responses, 27 *Stetson Law Review* (1997–1998) 1425–1435; *Alexander Layton/Angharad M. Parry*, Extraterritorial Jurisdiction – European Responses, 26 *Houston Journal of International Law* (2003–2004) 309–325; *Harry L. Clark*, Dealing with U.S. Extraterritorial Sanctions and Foreign Countermeasures, 25 *University of Pennsylvania Journal of International Economic Law* (2004) 455–489; *Muriel van den Berg*, The Cuban Liberty and Democratic Solidarity Act: Violations of International Law and the Response of Key American Trade Partners, 21 *Maryland Journal of International Law and Trade* (1997) 279–314.

⁴⁶⁾ Artikel 4 Verordnung (EG) 1996/2271 („Entscheidungen von außergemeinschaftlichen Gerichten oder von außergemeinschaftlichen Verwaltungsbehörden, die den im Anhang aufgeführten Gesetzen und den darauf beruhenden oder sich daraus ergebenden Maßnahmen direkt oder indirekt Wirksamkeit verleihen, werden nicht anerkannt und sind nicht vollstreckbar.“)

⁴⁷⁾ Art 6 Abs 1 Verordnung (EG) 1996/2271 („Anspruch auf Ersatz aller Schäden, einschließlich von Rechtskosten, die [ihnen] aufgrund der Anwendung der im Anhang aufgeführten Gesetze oder der darauf beruhenden oder sich daraus ergebenden Maßnahmen entstanden sind.“)

⁴⁸⁾ Vgl. den Britischen Protection of Trading Interests Act, 1980, ch. 11, wiedergegeben in 21 *ILM* (1982) 834 ff, den Australischen Foreign Proceedings (Excess of Jurisdiction) Act, No. 3 of 1984 (Cwth.), wiedergegeben in 23 *ILM* (1984) 1038 ff, und den Kanadischen Foreign Extraterritorial Measures Act, 1984, ch. 49, wiedergegeben in

Fachjargon so schön deskriptiv als „claw-back legislation“⁴⁹⁾ bezeichnet wird. Damit waren die Waffen gewählt für den Showdown im Justizkonflikt zwischen den USA und Europa und nur die Besonnenheit politischer Verhandler führte dazu, dass weder der extraterritoriale Teil des Helms-Burton-Gesetzes noch die entsprechenden Bestimmungen der europäischen „Blockierverordnung“ jemals zur praktischen Anwendung kamen.

- 4) Der *Altmann*-Fall führte zwar zu Protesten von österreichischer Seite. Aber eine totale Nichtbeachtung der extraterritorialen Jurisdiktionsausübung amerikanischer Gerichte war aus verschiedenen Gründen nicht denkbar. Immerhin schien die Vereinbarung eines Schiedsverfahrens als Alternative zu einer Unterwerfung unter die amerikanische Jurisdiktion auch für die Beklagte, die Republik Österreich, akzeptabel. Dass dies letztlich zu einem Schiedsspruch zugunsten der Klägerin und damit einer Restitutionsverpflichtung Österreichs in Form der Herausgabe der Goldenen Adele führen sollte,⁵⁰⁾ kam wohl unerwartet.

Was folgt aus all diesen Beispielen? Offensichtlich ist die Auffassung von einer grundsätzlichen staatlichen Freiheit, die eigene Jurisdiktionsgewalt im Bereich der Rechtsetzung und Rechtsprechung extraterritorial auszuweiten, nicht ohne Widerspruch geblieben.⁵¹⁾ Die Überlegung, dass die Ausübung staatlicher Jurisdiktion einer hinreichenden Nahebeziehung bedarf, um legitim zu sein, wird immer mehr anerkannt.⁵²⁾ Dies scheint notwendig, um eine

24 ILM (1985) 794 ff; s auch *April*, Blocking Statutes as a Response to the Extra-territorial Application of Law, in *Olmstead* (Hrsg), Extraterritorial Application of Laws and Responses Thereto, ILA Symposium, Oxford (1984) 223–233.

⁴⁹⁾ Vgl. Sec. 6 des Britischen Protection of Trading Interests Act, 1980, sowie Sec 10(1) des Australischen Foreign Proceedings (Excess of Jurisdiction) Act, 7 N 94, die es in den USA zu „punitive damages“ Verurteilten ermöglichen, den pönalen Anteil (idR zwei Drittel der sogenannten „treble damages“) des von ihnen geleisteten Schadenersatzes von ihren Prozessgegnern zurückzufordern.

⁵⁰⁾ Schiedsspruch in der Sache *Altmann ua v. Republik Österreich* vom 15. 1. 2006, abrufbar unter: <http://www.adele.at/Schiedsspruch/schiedsspruch.html>; *Heinz Krejci*, Zum „Fall Klimt/Bloch Bauer“, ÖJZ 2005/43; *Rudolf Welsch*, Der Fall Klimt/Bloch-Bauer, ÖJZ 2005/40; *Karl Claus*, Das Klimturteil: eine Entgegnung, AnwBl 2006, 333; *Georg Graf*, Überlegungen zum Anwendungsbereich des § 1 Z 2 KunstrückgabeG. Exemplarisch entwickelt anhand des Falles Klimt/Bloch-Bauer, NZ 2005/79; *Georg Graf*, Arme Amalie! – Kritische Anmerkungen zum Schiedsspruch in Sachen Amalie Zuckerhandl, NZ 2007/20; *Andreas Kletečka*, Schiedsspruch im Fall Klimt, ecolex 2006, 119.

⁵¹⁾ Vgl. dazu allgemein *Karl M. Meessen* (ed), Extraterritorial Jurisdiction in Theory and Practice (1996).

⁵²⁾ Vgl. *Institut de Droit Internationale, 19th Committee*, The Extraterritorial Jurisdiction of States (Rapporteur: *Maarten Bos*), 65 Annuaire IDI, Vol I (1993) 175, Art. 3 (1) Draft Resolution (“A state asserting authority to exercise extraterritorial jurisdiction is under an obligation to justify it under international law.”)

Koordination der Ausübung staatlicher Hoheitsgewalt zu ermöglichen und die Ausweitung von Jurisdiktionskonflikten, die logische Folgen der Zulässigkeit extraterritorialer Jurisdiktion sind, zu verhindern.

Der Grundgedanke der ausreichenden Nahebeziehung zwischen dem zu regelnden Sachverhalt, der zu entscheidenden Sache oder der durchzusetzenden Angelegenheit und dem jeweiligen, Hoheitsgewalt ausübenden Staat manifestiert sich in diesen klassischen drei Bereichen der Ausübung staatlicher Jurisdiktion unterschiedlich.

Im Bereich der „jurisdiction to prescribe“ ist es neben der klassischen Territorialität vor allem die Ausweitung derselben in Gestalt des „objektiven Territorialitäts-“ oder Auswirkungsprinzips, wonach ein Staat etwa im Bereich des Kartell- und Wettbewerbsrechts missbräuchliche Verhaltensweisen, die im Ausland gesetzt wurden, dann untersagen darf, wenn sich diese auf seinem Markt auswirken.⁵³⁾ Des Weiteren belegt das sogenannte „internationale Strafrecht“ zahlreicher Staaten, das in Wirklichkeit Teil des nationalen Strafrechts ist und die Reichweite der Anwendung eigener Strafnormen regelt, dass neben der Territorialität Grundsätze der Personalität für die Strafsanktionierung der Taten eigener Staatsangehöriger im Ausland bzw für solche, die gegen sie gerichtet sind, herangezogen werden (aktives und passives Personalitätsprinzip).⁵⁴⁾ Darüber hinaus zeigt sich an der verbreiteten Verwendung des Schutzprinzips⁵⁵⁾ für die strafrechtliche Sanktionierung von im Ausland begangenen Taten wie Geld- oder Urkundenfälschung oder des Universalitätsprinzips⁵⁶⁾ für Kriegsverbrechen, dass eine extraterritoriale Anwendung staatlichen Strafrechts durch alternative Anknüpfungspunkte gerechtfertigt sein kann.⁵⁷⁾

⁵³⁾ So bereits die amerikanische Leitentscheidung zur „effects doctrine“ aus 1945 *United States v. Aluminium Corp. of America*, 148 F.2d 416 (2d Cir. 1945) (Alcoa); s auch *Hartford Fire Insurance v. California*, 509 US 764 (1993); für Europa die dem Auswirkungsprinzip vergleichbare Anwendung des sogenannten Durchführungsprinzips durch den EuGH in Joined Cases 89, 104, 114, 116, 117 & 125 to 129/85, *A. Ahlstrom Osakeyhtio v. Commission*, E.C.R. 5193 (1988) („Wood Pulp“) sowie rezenter die Anwendung des Auswirkungsprinzips durch das Gericht erster Instanz in *Gencor Ltd v. Commission*, Case T-102/96 (1999), E.C.R. II-753. Vgl zur „unilateralen extraterritorialen Kartellrechtsanwendung“ auch *Florian Wagner von Papp*, Internationales Wettbewerbsrecht, in *Christian Tietje* (Hrsg), Internationales Wirtschaftsrecht (2009) 455 ff.

⁵⁴⁾ Siehe auch Draft Convention on Jurisdiction with Respect to Crime in Harvard Research in International Law „Jurisdiction with Respect to Crime“ [1935] 29 AJIL Supp 439-42.

⁵⁵⁾ Vgl *Iain Cameron*, The Protective Principle of International Criminal Jurisdiction (1994).

⁵⁶⁾ Vgl *L. Reidams*, Universal Jurisdiction: International and Municipal Legal Perspectives (2003).

⁵⁷⁾ Siehe auch die Übersicht bei *Menno T. Kamminga*, Extraterritoriality, in *R. Wolfrum* (ed), Max Planck Encyclopedia of Public International Law, online (2011) Rz 10–14.

Im Bereich der Gerichtsgewalt, der „jurisdiction to adjudicate“, haben sich vor allem territoriale und personelle Anknüpfungspunkte herausgebildet. Neben Entscheidungen über Inlandssachverhalte sind es vor allem solche über Inländer bzw im Inland Ansässige (Beklagten-/Klägerwohnsitz), die der Jurisdiktion eines Staates unterliegen. Jedoch schon in der alten Kontroverse um die mögliche Exorbitanz eines reinen Klägergerichtsstands, wie er in § 14 des französischen Code Civil zum Ausdruck kommt,⁵⁸⁾ zeigt sich, dass Personalität als solche nicht automatisch die Ausübung staatlicher Gerichtsgewalt rechtfertigen kann. Vielmehr scheint hier in einem weniger von staatlichen, als von privaten Interessen geleiteten Bereich der Aspekt der Verfahrensgerechtigkeit eine immer stärkere Rolle zu spielen. Demnach wäre unter anderem nach der Zumutbarkeit der Durchführung eines Gerichtsverfahrens im Hinblick auf fremde Staatsangehörige als Prozessparteien zu fragen. Wo nationale Rechtsordnungen grundsätzlich den Beklagtengerichtsstand zur Anwendung kommen lassen, minimieren sich Probleme. Dass Gerichte über eigene Staatsangehörige Jurisdiktion ausüben, wird von diesen schwer in Frage gestellt werden können. Dass sich ausländische Kläger einer fremden Gerichtsgewalt unterwerfen, wird durch deren freiwillige Entscheidung, Klage zu führen, gerechtfertigt.⁵⁹⁾ Interessanter sind Probleme der ausreichenden Nahebeziehung zwischen der zu entscheidenden Sache und dem jeweiligen Gerichtsstaat in jenen Fällen, da staatliche Regeln über die Zuständigkeit ihrer Gerichte keine einfachen Zuordnungen nach dem Personalitätsprinzip vornehmen, sondern vielmehr eine flexible Abwägung von Kontakten zwischen der zu entscheidenden Rechtssache sowie den daran beteiligten Personen und dem jeweiligen Gerichtsstaat vorsehen.

Klassisches Beispiel dafür sind die verfassungsrechtlich eingeforderten „minimum contacts“ der *International Shoe*-Judikatur des US-Supreme Court,⁶⁰⁾ in welcher das amerikanische Höchstgericht die oft ausufernde Jurisdiktion staatlicher Zivilgerichte durch die Notwendigkeit einer hinreichenden Nahebeziehung („minimum contacts“) zwischen der beklagten Partei und dem Forum einschränkte.⁶¹⁾ Diese flexiblen „minimum contacts“ bestehen im Falle

⁵⁸⁾ § 14 Code Civil („L'étranger, même non résidant en France, pourra être cité devant les tribunaux français, pour l'exécution des obligations par lui contractées en France avec un Français; il pourra être traduit devant les tribunaux de France, pour les obligations par lui contractées en pays étranger envers des Français.“); mwN s *Andreas Heldrich*, Internationale Zuständigkeit und Anwendbares Recht (de Gruyter/Mohr Siebeck: 1969) 93–94; *F. A. Mann*, The doctrine of jurisdiction in international law (1964) 111 RdC 1–162; *Hubert Bauer*, Grundsätze der Internationalen Zuständigkeit inländischer Gerichte im französischen Privatverfahrensrecht, 30 RabelsZ (1966) 483–504.

⁵⁹⁾ Vgl schon den römisch-rechtlichen Grundsatz „actor sequitur forum rei“.

⁶⁰⁾ *International Shoe Co. v. Washington*, 326 U.S. 310 (1945).

⁶¹⁾ *Ibid*, 316 (“[...] due process requires only that, in order to subject a defendant to a judgment *in personam*, if he be not present within the territory of the forum, he have certain minimum contacts with it such that the maintenance of the suit does not offend traditional notions of fair play and substantial justice.”)

von Beklagten, die im Forumstaat nicht ansässig sind, unter anderem aus einer systematischen und langandauernden wirtschaftlichen Tätigkeit im Forumstaat.⁶²⁾ Daran zeigt sich jedenfalls sehr schön, dass es nicht nur um die Abgrenzung staatlicher Hoheitsgewalt zwischen Souveränen geht, sondern auch um den Schutz der einzelnen Betroffenen vor einer „unvernünftigen“ und damit unzumutbaren Jurisdiktionsausübung durch amerikanische Gerichte. Im konkreten Anwendungsfall mag man freilich darüber streiten, inwieweit die „minimum contacts“ tatsächlich erfüllt sind.⁶³⁾

⁶²⁾ Ibid, 320 (“Applying these standards, the activities carried on in behalf of appellant in the State of Washington were neither irregular nor casual. They were systematic and continuous throughout the years in question. They resulted in a large volume of interstate business, in the course of which appellant received the benefits and protection of the laws of the state, including the right to resort to the courts for the enforcement of its rights. The obligation which is here sued upon arose out of those very activities. It is evident that these operations establish sufficient contacts or ties with the state of the forum to make it reasonable and just, according to our traditional conception of fair play and substantial justice, to permit the state to enforce the obligations which appellant has incurred there. Hence, we cannot say that the maintenance of the present suit in the State of Washington involves an unreasonable or undue procedure.”)

⁶³⁾ Im *Altmann-Fall* (oben FN 31) waren die amerikanischen Gerichte darüber hinaus uneinig, ob die verfassungsrechtlich geforderten „minimum contacts“ überhaupt ausländische Staaten schützen können. Das Erstgericht verneinte dies, da Staaten nicht als „Personen“ im Sinne der *International Shoe*-Judikatur anzusehen seien. *Altmann v. Republic of Austria*, 142 F. Supp. 2d 1187, p. 27 (C.D. Cal., 2001) (“It is less clear whether sufficient activity to satisfy the expropriation exception to foreign immunity would also satisfy due process. However, such an analysis is not required because foreign sovereigns are not ‘persons’ for purposes of the Due Process Clause.”) Das Berufungsgericht hingegen konnte die Frage, ob Staaten als „Personen“ im Sinne der *International Shoe*-Judikatur anzusehen sind, offen lassen, das es die „minimum contacts“ als gegeben ansah. Auffallend ist allerdings, dass es nicht mehr so sehr auf die „contacts“ der Österreichischen Galerie, also der „agency“, um die es in § 1605(a)(3) FSIA (oben FN 33) geht, sondern auf jene der Republik Österreich. *Altmann v. Republic of Austria*, 317 F.3d 954, at 970, 971 (9th Cir. Cal., 2002) (“The Republic and the Gallery have sufficient minimum contacts with the United States such that maintenance of the suit does not offend traditional notions of fair play and substantial justice. As previously noted, the Gallery edits and publishes several publications in the United States, two of which capitalize on the very paintings at issue here. The Gallery’s publication and marketing of these books is designed to solicit tourism by United States citizens in Austria and to attract those visitors to the Gallery, in particular to view the Klimt works. Both the Republic and the Gallery profit from the sales of the books and the resulting United States tourism. Furthermore, it is not only the Gallery’s activities in the forum, but also actions taken by the Government on behalf of the Gallery that support personal jurisdiction. [...] The Republic itself does not contest that it has substantial, systematic, and continuous contacts with the United States through its operation of consulates, sponsorship of tourist relations and trade, and promotion of Austrian business interests. The Republic alone operates three consulates in the United States and twenty-six honorary consulates in the United States and its territories. [...] We do not hold that these contacts are enough to

Obwohl es bei den „minimum contacts“ primär um eine innerstaatliche, US-verfassungsrechtliche Begrenzung amerikanischer „jurisdiction to adjudicate“ geht,⁶⁴) lässt sich daraus doch auch ein völkerrechtlich relevantes Selbstverständnis hinsichtlich der zulässigen Reichweite staatlicher Gerichtsgewalt ableiten. Dies haben jedenfalls die Autoren des *Restatement (Third) of US Foreign Relations Law* eingefordert, wenn sie die „minimum contacts“-Doktrin zu einem allgemeineren „reasonableness“-Test ausbauen.⁶⁵) In Anlehnung an amerikanische Gerichtsentscheidungen postulieren sie ganz allgemein für die völkerrechtskonforme Ausübung von „jurisdiction to adjudicate“ die folgenden Elemente als vernünftige Aspekte einer Nahebeziehung zum Forumstaat:

Staatsangehörigkeit, Firmenregistrierung, Wohnsitz, Geschäftssitz, Aufenthalt (sofern er nicht nur vorübergehend ist), die Belegenheit der streitigen Sache bei dinglichen Rechten, wirtschaftliche Tätigkeit im Forumstaat oder zumindest eine solche, die sich auf diesen qualifiziert auswirkt, aber auch bloße Parteilustimmung (sei es nach Verfahrensbeginn oder in antizipierender Form einer Gerichtsstandvereinbarung).⁶⁶)

support general jurisdiction, but they support the reasonableness of the assertion of specific jurisdiction based on the Gallery's publication of books and advertisements featuring the Klimt works. We conclude that fair play and substantial justice would not be offended if we maintain jurisdiction over Austria in this case.”)

⁶⁴) Abgeleitet aus der *Due process clause* des Fourteenth Amendment zur US Constitution (“Section. 1. All persons born or naturalized in the United States and subject to the jurisdiction thereof, are citizens of the United States and of the State wherein they reside. No State shall make or enforce any law which shall abridge the privileges or immunities of citizens of the United States; nor shall any State deprive any person of life, liberty, or property, without due process of law; nor deny to any person within its jurisdiction the equal protection of the laws.”)

⁶⁵) Bereits in *International Shoe* sprach der US Supreme Court davon, dass die Fairness-Erfordernisse dann erfüllt sind, wenn die Unterwerfung unter die Gerichtsjurisdiktion „vernünftig“ erscheint. *International Shoe Co. v. Washington*, 326 U.S. 310, 317 (1945) (“Those demands may be met by such contacts of the corporation with the state of the forum as make it reasonable, in the context of our federal system of government, to require the corporation to defend the particular suit which is brought there.”)

⁶⁶) *Restatement (Third)*, § 421 [(1) A state may exercise jurisdiction through its courts to adjudicate with respect to a person or thing if the relationship of the state to the person or thing is such as to make the exercise of jurisdiction reasonable. (2) In general, a state's exercise of jurisdiction to adjudicate with respect to a person or thing is reasonable if, at the time jurisdiction is asserted: (a) the person or thing is present in the territory of the state, other than transitorily; (b) the person, if a natural person, is domiciled in the state; (c) the person, if a natural person, is resident in the state; (d) the person, if a natural person, is a national of the state; (e) the person, if a corporation or comparable juridical person, is organized pursuant to the law of the state; (f) a ship, aircraft or other vehicle to which the adjudication relates is registered under the laws of the state; (g) the person, whether natural or juridical, has consented to the exercise of jurisdiction; (h) the person, whether natural or juridical, regularly carries on business in the

Freilich das Konzept der „reasonableness“, das auch in den Arbeiten des *Institut de Droit International* Anklang fand,⁶⁷⁾ der geforderten vernünftigen Nahebeziehung, bleibt relativ unbestimmt. Aber die Unbestimmtheit ist nur eine relative und in vielen Einzelfällen lässt sich unter Berücksichtigung flexibler Kriterien, die für oder gegen eine ausreichende Nahebeziehung zum Gerichtsstaat sprechen, sehr wohl eine Legitimität der Ausübung staatlicher Gerichtshoheit eruieren.

Lassen Sie mich zu einer tentativen *Conclusio* kommen: Grenzen sind der bessere Zugang als Anarchie auch und gerade im Bereich der Ausübung staatlicher Jurisdiktionsgewalt. Grenzen ergeben sich aus dem Prinzip der souveränen Gleichheit der Staaten und der Notwendigkeit, die Reichweite staatlicher Jurisdiktionsgewalt voneinander abzugrenzen. Das führt nicht immer zu eindeutigen Abgrenzungen und ausschließlichen Jurisdiktionsgewalten, aber es kann Überlappungen zumindest reduzieren.

Grenzen staatlicher Jurisdiktionsgewalt dienen dem Schutz schwächerer Staaten vor Hegemonen, die sonst unilateral zahlreiche Regelungsbereiche bestimmen und ihren eigenen Gerichten unterwerfen könnten.

Grenzen staatlicher Jurisdiktionsgewalt dienen aber auch dem Schutz der strukturell schwächeren privaten Norm- und Gerichtsunterworfenen und stellen so häufig einen wichtigen Aspekt der Verfahrensgerechtigkeit dar.

state; (i) the person, whether natural or juridical, had carried on activity in the state, but only in respect of such activity; (j) the person, whether natural or juridical, had carried on outside the state an activity having a substantial, direct, and foreseeable effect within the state, but only in respect of such activity; or (k) the thing that is the subject of adjudication is owned, possessed, or used in the state, but only in respect of a claim reasonably connected with that thing. (3) A defense of lack of jurisdiction is generally waived by any appearance by or on behalf of a person or thing (whether as plaintiff, defendant, or third party), if the appearance is for a purpose that does not include a challenge to the exercise of jurisdiction.”]

⁶⁷⁾ *Institut de Droit International, 19th Committee, The Extraterritorial Jurisdiction of States* (Rapporteur: Maarten Bos), 65 *Annuaire IDI, Vol I* (1993) 174, Art 4 (1) Draft Resolution (“Extraterritorial jurisdiction, whatever the specific title under which it is claimed, shall be exercised reasonably, while balancing the interests of the States concerned.”)